

Das wäre gut für uns alle

Soziale Pflichtzeit: „Eine prima Idee“, FR-Meinung vom 8. November

Ansprüche im Namen von Freiheiten und Rechten werden gerne erhoben. Pflicht aber scheint ein Fremdwort geworden zu sein. In der Diskussion um den vom Bundespräsidenten vorgeschlagenen Dienst mit verpflichtendem Charakter darf der pädagogische Aspekt nicht übersehen werden. Reine Freiwilligkeit reicht leider nicht!

Seit vielen Jahren ist zu beobachten, dass manche Eltern ihre Erziehungsfunktion sträflich vernachlässigen. Sie wollen diese bewusst oder unbewusst an Kinderinstitutionen und Schule delegieren. Die staatlichen Institutionen können aber die elterlichen Versäumnisse nicht kompensieren. Laissez-faire ist weder im erzieherischen noch im politischen Raum (wo Ähnliches seit langem festzustellen ist) ein Verhalten, das zu sozialen Problemen führt. Begrenzungen und Verantwortungen müssen erlernt werden.

Besonders ist die Persönlichkeitsbildung junger Menschen betroffen, die Freiheit mit Grenzenlosigkeit verwechseln. An dieser Stelle könnte ein wenig Gelegenheit für alle jungen Leute gegeben werden, fürs Leben dazuzulernen. Das würde der ganzen Gesellschaft guttun und die Tendenz ichbezogenen Verhaltens vieler Menschen reduzieren. Ein verpflichtender Dienst würde auch diejenigen Menschen erreichen, die besondere Defizite im Sozialverhalten aufweisen.

Wolfgang Nordmann, Bad Überkingen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221122

FR ERLEBEN

Tobias Schwab moderiert das Forum Entwicklung zum Thema „Biodiversität in Gefahr: Wie lassen sich unsere Lebensgrundlagen noch retten?“ Mit Frauke Fischer (Tropenbiologin, Autorin, Unternehmensberaterin), Hannah Emde (Tierärztin, Artenschützerin aus der ARD-Doku „Hannah goes wild“), Gabriele Hässig (Procter & Gamble) und Kirsten Hegener (GIZ-Expertin für Biodiversität, Wald und Landwirtschaft).
Montag, 28. November, 18.30 Uhr Saalbau Südbahnhof, Hedderichstraße 51, Frankfurt

Georg Leppert moderiert die Online-Diskussion „WM der Grausamkeiten?“, veranstaltet von der Katholischen Erwachsenenbildung. Mit: Thomas Beschorner (Wirtschaftsethiker, Universität St. Gallen), Michael Gabriel (Koordinationsstelle Fanprojekte), Bernd Reising (Medienmanager, Ex-Fußballfunktionär) und Martin Stewen (Pfarrer, Ex-Mitarbeiter der katholischen Kirche in Arabien). Registrierung unter <https://bit.ly/3SmoC4Z>
Freitag, 2. Dezember, 20 Uhr

Riesiger Kommerz

WM in Katar: „Schauspiel und Schurkenstück“, FR-Sport vom 17.11.

Schon nach einem kurzen Besuch eines Ethik-Seminars würde klar, dass eine Sportveranstaltung auf Grund der Situation in Katar niemals dorthin hätte vergeben bzw. verkauft werden dürfen. Außer es handelt sich dabei um eben keine Sportveranstaltung im besten Sinne, sondern um einen riesigen Kommerzbetrieb, für den Legionäre eingesetzt sind. Dafür gibt es den Begriff „panem et circenses“, auf Deutsch wörtlich „Brot und Zirkusspiele“. Dieses Wort ist auch im Sinne von Käuflichkeit und Bestechlichkeit zu verstehen und vom römischen Dichter Juvenal (60 – 140 n. Chr.) überliefert. Josef Draxinger, Bad Birnbach

Es geht nicht um Sport, sondern um Profitgier

Ich sehe schon seit Jahrzehnten keine Fußballspiele mehr. Warum? Weil es hier nicht um Sport geht, sondern um die Befriedigung grenzenloser Profitgier. Fußball ist nur Mittel zum Zweck. Leider unterstützen das die „Fans“ geradezu frenetisch. Ich kann das nicht verstehen. Michael Ziganke, Schönenberg (CH)

Diskussion: frblog.de/katar-2

Wer verteidigt uns gegen die Raubritter?

Energiepolitik: „Gaspreisbremse kommt“ und „Ohrfeigen für Lindner“, FR-Wirtschaft vom 15.11. und FR-Meinung vom 9.11.

Diese Verteuerung ist reine Abzocke

Wer soll das bezahlen? Irgendwo ist doch die Grenze der Belastung erreicht. Der Heizölpreis ist um 60,2 Prozent (von 48 Cent in 2020 auf 1,51 Euro im Juli 2023) höher. Strom wird zum Jahresbeginn 2023 um 90,2 Prozent teurer (von 26 auf 55,49 Cent). Womit wird dies begründet? Ökostrom müsste doch nicht teurer sein. Er wird nicht aus Kohle, Gas, Öl oder Atom gewonnen. Wind, Sonne und Wasserkraft wird zu Ökostrom. Doch warum verteuert er sich in diesem Maße? Das ist reine Abzocke!

Die Preiswelle rollt: 10,6 Prozent die neueste Meldung. Da nimmt sich die Ankündigung der Rentenerhöhung von 3,5 Prozent ab Juli nächsten Jahres doch sehr bescheiden aus.

Klar ist, die Waffenlieferungen an die Ukraine müssen bezahlt werden. Die 100 Milliarden für die Bundeswehr auch, neben der Anhebung der jährlichen Budgeterhöhung. Früher wurde die Freiheit am Hindukusch verteidigt – das ging in die Hose. Heute wird sie in der Ukraine verteidigt – sagt man. Wer verteidigt uns gegen die Raubritter?

Rudolf Dötsch, Mörfelden-Walldorf

Längere AKW-Laufzeiten sind Symbolpolitik

Robert Habeck sei bei den Laufzeiten für Atomkraftwerke auf halber Strecke stehengeblieben und habe durch ein „Machtwort“ des Kanzlers auf den richtigen Weg gebracht werden müssen, meint Kommentator Niesmann. Wie bitte? Das AKW Emsland wird für die Netzstabilität auch in Extremszenarien nicht benötigt und wurde von Habeck daher zu Recht nicht in die Verlängerung einbezogen. Es noch ein bisschen länger laufen zu lassen, bringt kaum zusätzlichen Strom. Es ist Symbolpolitik. Der Kanzler hätte sein „Machtwort“ besser für die Durchsetzung eines Tempolimits eingesetzt – zugunsten des Klimas und der Verkehrssicherheit.

Die Wirtschaftsweisen mögen vieles sein, Atomexperten sind sie nicht. Der international übliche und notwendige Sicherheitscheck ist bei den drei AKW seit drei Jah-

ren überfällig. Ein paar Monate dranzuhängen, mag gerade noch vertretbar sein, aber diese auf Verschleiß fahrenden Kraftwerke noch jahrelang zu betreiben, wäre unverantwortlich!

Ein längerer Betrieb benötigt neue Brennstäbe – und zwar solche, die in diese AKW passen. Die Beschaffung dauert, und beim Uran kommt man am russischen Konzern Rosatom nur schwer vorbei. Wenn die Brennstäbe einmal beschafft sind, fordert die Wirtschaftlichkeit, sie so lange wie möglich einzusetzen. Das ist für mich der Wiedereinstieg in die aus vielen guten Gründen abgeschaffte Atomkraft. Eduard Belotti, Augsburg

Wieder nach dem Gießkannenprinzip

Nun stecken wir inmitten einer Energie- und Wirtschaftskrise, die Energiepreise explodieren förmlich und der Unsinn, dass die Strompreise der regenerativen Energieerzeuger ebenso mitsteigen dürfen, wird nicht unterbunden. Hier ist dringender Handlungsbedarf! Und nun das Gezerre um die Energiepreise: Der Vorschlag der Expertenkommission scheint auf den ersten Blick gelungen, aber geht an den sozial Schwächeren schon wieder vorbei, eben Gießkanne!

Konsequenter könnte sein, dass die Gasversorger zwei Rechnungen ausstellen: Eine für den Verbraucher für 12 Cent pro kWh (incl. aller Nebenabgaben) und eine zweite für die Bundesregierung. Und zwar ab sofort bzw. ab 1. Januar bis Ende April. Dann kommen i.d.R. die Monate, in denen nicht geheizt werden muss. Vom 1. Mai bis Ende September zahlt jeder selbst, ab 1. Oktober tritt dann die „alte“ Regelung wieder in Kraft, bis Ende April 2024.

Diese Regelung gilt natürlich nur für Privatverbraucher und gewerbliche Einrichtungen (Hotels, Gaststätten etc.), die saisonal reagieren können. Für alle anderen muss eine separate, angepasste Lösung gefunden werden.

Was die Strompreise angeht: Entweder gehen die in Deutschland angemeldeten Erzeuger freiwillig mit den Preisen runter, oder für diese Betriebe werden die Unternehmenssteuern gewaltig angehoben. Es ist ehrlich

gesagt – eine Sauerei, wie sich deutsche Stromerzeuger verhalten. Reinhard Matthies, Pinneberg

Die Politik muss jetzt Gas geben

Biogas als idealer Erdgasersatz war nie so wertvoll wie heute – viel zu schade, um es im Sommer für die Stromerzeugung zu verbrennen. Es muss so viel wie möglich davon ins Erdgasnetz eingespeist werden. Organische Abfälle aus Industrie, Gewerbe und Handel sowie Abfälle aus der Biotonne werden heute schon zum Teil zu Biogas vergoren. Der Anteil ist deutlich zu steigern. Auch Gülle kann genutzt werden. Die Akteure der Abfallwirtschaft und Kommunalpolitiker:innen sind gefordert. Sie müssen Gas geben! Geschwindigkeit ist angesagt. Mehr vergären – Gas ins Netz. Investitionen an dieser Stelle waren noch nie so sinnvoll wie heute. Wenn sofort gehandelt wird, kann zusätzliches Biogas noch im kommenden Winter zu einer sichereren Versorgung beitragen.

Mit grünem Wasserstoff und dem CO₂, das bei der Vergärung ebenfalls entsteht, lässt sich die Ausbeute an „Erdgasersatz“ deutlich steigern. Im Gegensatz zu Wasserstoff ist Biogas mit der vorhandenen Erdgasinfrastruktur ohne Einschränkungen nutzbar. Umbau von Heizungsanlagen ist nicht nötig. Ein flächendeckendes Wasserstoffnetz würde zu viel Zeit, Energie, Geld und wertvolle Ressourcen verschlingen. Gerhard Schuster, Kriftel

Und schon kommt die nächste staatliche Hilfe

Der Gaspreisschlag ist für viele Menschen dringend nötig – für andere aber nicht. Mich treibt schon lange die ungerechte Gießkannenhilfe um. Meine Energiepreispauschale habe ich an Bekannte weitergereicht. Nun kommt die nächste staatliche Hilfe für alle. Mit Freude habe ich die Anregung gelesen, diese an die Tafel zu spenden. Ich schätze die Arbeit der Tafeln, aber vielleicht gibt es noch weitere empfehlenswerte Institutionen/Vereine, die z.B. direkt Kontakt zu Alleinerziehenden haben und das Geld weiterreichen könnten? Bettina Schmidt, Frankfurt

Auf dem Altar des Kapitalismus

Gastwirtschaft: „Krisen kumulieren“, FR-Wirtschaft vom 16. November

Wie gut, in der FR am Buß- und Betttag, dem Tag des Umdenkens, einen Beitrag zu finden, der dem Sinn dieses Tages entspricht. Der Verfasser gibt sich nicht als Christ zu erkennen und soll hier auch nicht als solcher vereinnahmt werden. Aber was er fordert, könnte sich als Ausdruck einer aufgeklärten politischen Lesart christlicher Tradition sehen lassen. Ein ähnlich klares Wort hätte eigentlich an diesem Tag von den Kirchenleitungen kommen müssen: gegen ein Wirtschaftssystem, das auf grenzenlosem Wachstum

basiert. Dass dieser Buß- und Betttag als gesetzlicher Feiertag abgeschafft ist, spricht Bände. Unser Glaubensbekenntnis heißt „Anything goes“ und bildet sich sogar in den privaten Träumen unserer ständigen Selbstoptimierung ab. Ein wesentlicher Kern jüdisch-christlicher Religion ist das demütige, gleichzeitig keineswegs verklemmte oder schicksalsergebene Anerkennen der Grenzen menschlicher Macht. Frederick Heussner hat Recht: Wir reflektieren gegenwärtig das Zusammenspiel der

verschiedenen Krisen nicht ausreichend. Es gibt gemeinsame Ursachen. Die verschiedenen Krisen unserer Zeit verlaufen nicht einfach nur nebeneinander, sie haben miteinander zu tun. Bei der geforderten Reflexion ihres Zusammenhangs darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass wir das sinnstiftende und gutes Leben für alle Menschen ermöglichende, befreiende Wissen alter Religion schon längst auf dem Altar des Kapitalismus geopfert haben. Georg Pape, Ginsheim-Gustavsburg